

# **SPD ohne eigene Strategie**

Analyse des Beschlusses  
„Innovationen für  
Deutschland“ des  
SPD-Parteitages vom  
2. bis 4. Dezember  
in Hannover

- I. Altbekannte Forderungen in  
neuer Umverpackung**
- II. Reformkorrekturen in der SPD**
- III. Forderungen der SPD:  
Anspruch und Realität**



## I. Altbekannte Forderungen in neuer Umverpackung

**M**odern und beweglich stellt sich die SPD mit der in ihrem Beschluß formulierten Politik dar. Sie hat erkannt, daß die Wahlen nur in der Mitte gewonnen werden können. Um jeden Preis bemüht sie sich nun, Altbekanntes neu zu verpacken. Alter Ideologie wird ein neuer Anstrich gegeben. Doch klar ist: Der Bürger muß wissen, daß der Beschluß der SPD keine neuen Inhalte und keine Fortschritte bringt. Er setzt lediglich die Schwerpunkte neu, und die Wortwahl ist weniger von ideologischem Mief durchzogen.

### Neue Umverpackung – alte Politik:

#### 1. „Konjunkturgerechte Fiskalpolitik“

Die SPD umschreibt in ihrem Beschluß mit dem Begriff der „konjunkturgerechten Fiskalpolitik“ erneut die wirtschaftlich und finanzpolitisch überholte Strategie der „fiscal policy“. Darin geht es im wesentlichen um eine antizyklische Fiskalpolitik. Die „fiscal policy“ ist die finanzpolitische Umsetzung der keynesianischen Wirtschaftstheorie.

Bei der antizyklischen Fiskalpolitik steht die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch den Staat im Vordergrund. Der Staat soll in konjunkturell schwachen Zeiten, in denen die private Nachfrage zurückbleibt, die öffentliche Nachfrage erhöhen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren. Dazu kann beziehungsweise soll er sich sogar nach keynesianischer Theorie der Verschuldung bedienen (deficit spending). In Aufschwung- und Boomphasen dagegen soll der Staat die öffentliche Nachfrage reduzieren und die Staatsverschuldung zurückführen.

**Fakt ist** allerdings, daß die deutsche Volkswirtschaft seit 1994 wieder mit deutlich positiven Wachstumsraten in guter Fahrt ist. Seit dem vergangenen Jahr nimmt die Wirtschaft sogar wieder stärker Fahrt auf. Auch die private Nachfrage zieht wieder an.

Die deutsche Volkswirtschaft hat kein Nachfrageproblem, sondern sie muß die schwierige Lage am Arbeitsmarkt durch strukturelle Reformen überwinden. Zum Abbau der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit ist die „konjunkturgerechte Fiskalpolitik“ sowohl ökonomisch als auch angesichts der angespannten öffentlichen Finanzen vollkommen ungeeignet. Sie produziert hohe staatliche Defizite, steigende Prei-



se, steigende Steuern und Abgaben und mittelfristig weniger Beschäftigung durch die Überforderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Unter Verantwortung der SPD hat sich die „fiscal policy“ in den siebziger Jahren aber schon einmal als erfolglos erwiesen. Die Fakten zur Erinnerung: jahresdurchschnittlich 5,1 Prozent mehr Inflation, steigende Arbeitslosigkeit, die mit 25,1 Prozent (1977) höchste Steuerquote und Erdrosselung von Wirtschaftsaktivität durch den Anstieg der Staatsquote um 11 Prozentpunkte von 39,1 Prozent 1970 auf 50,1 Prozent 1982 – ohne mit den gewaltigen finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der Deutschen Einheit konfrontiert gewesen zu sein.

## 2. Stärkung der Kaufkraft

Unverändert wird an der keynesianischen Forderung der reinen Stärkung der Nachfrage festgehalten. Im SPD-Beschluß wird gefordert, die Kaufkraft durch eine Senkung der Steuern für „Normalverdiener“ zu erhöhen. Eine moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordert aber zur Stärkung der Binnenkonjunktur im Zeichen zunehmender Globalisierung, daß die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften am Standort Deutschland attraktiver werden. Eine reine Stärkung der Nachfrageseite durch Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen ziehen zwangsläufig Steuererhöhungen an anderer Stelle und/oder höhere öffentliche Verschuldung nach sich. Dies verbessert weder die Wettbewerbs- noch die Arbeitsmarktsituation.

Die große Steuerreform, wie sie von der Koalition vorgelegt wurde, beinhaltet dagegen eine Nettoentlastung aller Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet zum einen eine Stärkung der Kaufkraft über alle Einkommensschichten; zum anderen erfordert es strukturelle Haushaltsänderungen. Sparen ist dabei kein Selbstzweck, sondern vielmehr notwendige Voraussetzung für mehr Wachstum, zusätzliche Investitionen und mehr Arbeitsplätze.

## 3. Beschäftigungsorientierte Geldpolitik

Die Forderung, daß „alle Spielräume genutzt werden, um die Realzinsen konjunktur- und beschäftigungsorientiert zu gestalten“, bedeutet letztlich nichts anderes, als das oberste Ziel der Deutschen Bundesbank, nämlich die Preiswertstabilität, aufzugeben und eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik zu verfolgen.

Die Erfahrungen in den siebziger Jahren widerlegen die alte These, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gebe. Nochmals zur Erinnerung: In den siebziger Jahren lag die Inflation im Jahresdurchschnitt bei 5,1 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen stieg von 0,7 Prozent 1970 auf 7,5 Prozent 1982. Erstmals trat durch diese Politik das Phänomen der „Stagflation“ – also stei-



gende Arbeitslosigkeit bei steigenden Preisen – auf die politische und ökonomische Tagesordnung.

Preiswertstabilität hat höchsten Stellenwert in der Bevölkerung. Das zeigt allein schon die – unzutreffende und unbegründete – Diskussion um einen „weichen EURO“. Eine Politik, die bewußt eine höhere Inflation akzeptiert, dürfte daher auf wenig Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Auch stellt die Forderung die Autonomie der Deutschen Bundesbank in Frage. Denn die Deutsche Bundesbank ist von Beginn an der Preiswertstabilität verpflichtet. Politiker, die eine Abkehr von diesem Ziel fordern, müssen demnach bereit sein, die Unabhängigkeit der Zentralbank aufzugeben und die Deutsche Bundesbank für eine beschäftigungsorientierte Politik einzuspannen.

Im übrigen sind die Zinsen heute auf den niedrigsten Wert gesunken, seit es die Deutsche Bundesbank gibt. Der Diskontsatz und der Lombardsatz liegen mit 2,5 Prozent bzw. 4,5 Prozent auf niedrigstem Niveau. Die für Investitionen maßgeblichen langfristigen Zinsen liegen bei etwa fünf Prozent und teilweise sogar darunter. Die Hypothekenzinsen im Eigenheimbau – bei zehnjähriger Bindung – betragen nur noch knapp sieben Prozent. Insofern ist die Forderung nach niedrigen Zinsen bereits aus ökonomischen Gründen erfüllt, ohne daß es des politischen Grundes der Beschäftigungsförderung bedarf.

## 4. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland – rund 4,3 Millionen Menschen waren im August 1997 ohne Arbeit – bei anziehendem wirtschaftlichen Wachstum zeigt, daß die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt sind. Wer die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen will, wer mehr Beschäftigung fördern will, muß daher bei den Rahmenbedingungen ansetzen. Deutschland kann sich der internationalen Arbeitsteilung, dem Wettbewerb von Gütern, Dienstleistungen und Märkten nicht entziehen. Nur wenn auch die Angebotsbedingungen für die Unternehmen verbessert werden, wenn Arbeit von Kosten entlastet wird, wenn Regelungen und Verkrustungen auf den Güter- und Arbeitsmärkten abgebaut werden, wenn Steuern und Abgaben – wie mit den Jahressteuergesetzen 1996 und 1997, der dritten Stufe der Reform der Unternehmensbesteuerung, dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, der Gesundheitsreform, der geplanten Steuerreform und der geplanten Rentenreform – gesenkt und die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden, wenn sich Investitionen in- und ausländischer Unternehmen und Betriebe in Deutschland rechnen, dann werden die strukturellen Nachteile abgebaut. Strukturreformen sind notwendig, damit dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland erhalten und neue geschaffen werden können. Keynesianische Ausgabenprogramme verbessern nicht die Wettbewerbsfähigkeit, sondern belasten lediglich die öffentlichen Haushalte.



## II. Reformkorrekturen in der SPD

Der Beschluß der SPD hat auf dem Parteitag eine breite Mehrheit gefunden. Bewegt hat sich die SPD in ihrem Beschluß zumindest in Worten. So hält sie im Beschluß fest:

- Eine positive Aussage zum Wirtschaftswachstum.
- Zentralen Stellenwert erhalten nun die Begriffe Innovation, Qualifikation, Forschung und Bildung. Frühere Forderungen, wie zum Beispiel nach sozialer Gerechtigkeit, treten in den Hintergrund.
- Bio- und Gentechnologie werden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt.
- Die bisherigen Aufwendungen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sollen für einen Übergangszeitraum für die Subventionierung von Löhnen und Einkommen ausgegeben werden. Bislang stand die Forderung nach Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Vordergrund.
- daß Sozialhilfeempfängern die Hälfte vom erzielten Einkommen verbleiben und nur die andere Hälfte auf die Sozialhilfe angerechnet werden soll. Es scheint sich bei der SPD inzwischen auch die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß sich dadurch die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe verdoppeln und die Ausgaben um mehr als zehn Milliarden DM steigen würden. Deshalb fordert die SPD in ihrem Beschluß jetzt lediglich, vorübergehende und ergänzende Einkommenszuschüsse bei Arbeitsaufnahme zu prüfen. Bei der Finanzierung dürfe es für die Kommunen keine zusätzliche Belastung geben.

### Außerdem hat sich die SPD in Fragen

- der Reform des Flächentarifvertrages,
  - der Flexibilisierung der Arbeitszeiten,
  - der Schaffung von flexiblen Übergängen in den Ruhestand (Altersteilzeit),
  - der Verstärkung von Arbeitsanreizen für Sozialhilfeempfänger und
  - mit ihrem Bekenntnis zu Sozialen Marktwirtschaft
- der Position der CDU genähert.

### Aufgegeben werden dagegen im Vergleich zum Regierungsprogramm von 1994

- die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes,
- die Vorlage eines neuen Arbeitszeitgesetzes,
- die Einführung eines Arbeitsgesetzbuches,



- die Wiederherstellung des Aussperrungsparagraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes,
- die Abschaffung des Solidaritätszuschlages und Ersetzung durch eine Ergänzungsabgabe und
- die Verlängerung des Vorruhestandes.

Kleingeschrieben werden im Vergleich zu anderen Programmen die „soziale Gerechtigkeit“, „Arbeitnehmerfragen“, die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

### **III. Forderungen der SPD: Anspruch und Realität**

Der Parteitagsbeschluß bietet keine neuen Reformansätze. Er ist reine Schönfärberei. Wenn die SPD etwas gut kann, dann ist es, vom politischen Gegner abzuschreiben. Eigene neue Ideen, kreative Gedanken, zukunftsorientierte eigene Ansätze – Fehlanzeige auf ganzer Linie. Der Beschluß beweist, der SPD fehlt die eigene Strategie. Schönen Worten und Beschreibungen fehlen vielfach die konkreten Inhalte und Maßnahmen. Sie stellt zudem Forderungen auf, die sie im Bundesrat selbst blockiert, verzögert und verhindert. Weder werden konkrete Zahlen genannt noch konkrete Vorschläge gemacht, wie die sehr allgemein gehaltenen Ziele erreicht werden sollen. Vor allem aber fehlen Finanzierungsvorschläge. Die genannten Maßnahmen sind zum Teil mit erheblichen öffentlichen Ausgaben verbunden. Nur an wenigen Stellen wird der Beschluß insoweit konkret, daß Instrumente genauer geschildert werden. Interpretationsspielräumen sind somit Tür und Tor geöffnet.

### **Innovationen für Deutschland**

Die SPD stellt fest, daß mit einer bloßen Fortschreibung der gegenwärtigen Politik die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gemeistert werden können. Es ist begrüßenswert, daß die SPD nun endlich erkannt hat, daß an Besitzständen nicht unverrückbar festgehalten werden kann und die Verteidigung des Status quo nicht mehr genügt. Wenn es die SPD mit ihrer Erkenntnis ernst meint, dann kann sie nun bei den noch anstehenden Reformen zeigen, daß sie von ihrer Blockade-, Verweigerungs- und Verzögerungspolitik abrückt und konstruktiv an Reformen mitwirkt. Insbesondere bei der geplanten großen Steuerreform und der geplanten Rentenreform kann sie zeigen, inwieweit sie bereit ist, eine Politik mitzutragen, die Ant-



worten auf den technologischen, wirtschaftlich notwendigen und sozial vertretbaren Wandel gibt. Immerhin hat sich der SPD-Parteitag zur Zustimmung eines Initiativantrages durchgerungen, der eine deutliche Absenkung der Steuersätze über den gesamten Tarifverlauf fordert.

- **Die SPD fordert, die Wachstumskräfte zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu stärken. Hierzu fordert sie eine konjunkturgerechte Fiskalpolitik, die Senkung der Lohnnebenkosten und die Stärkung der Binnenmärkte.**

**Fakt ist,** daß das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vom vergangenen Jahr den Faktor Arbeit von Kosten – und damit auch von Lohnnebenkosten – entlastet, Arbeitsmärkte und Gütermärkte dereguliert sowie flexibilisiert. Steuerpolitisch sind von der CDU deutliche Signale für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen durch den Wegfall der arbeitsplatz-, investitions- und technologiefeindlichen Vermögen- und inzwischen auch der Gewerbesteuer gestellt worden. Mit der seit 1. Juli 1997 in Kraft getretenen Gesundheitsreform wird das Gesundheitswesen leistungsstark und bezahlbar gehalten. Mit der geplanten Rentenreform wird die Rentenversicherung an die demographischen Veränderungen angepaßt, mit dem Ziel, die Rentenversicherungsbeiträge zu stabilisieren und zu senken. Mit der geplanten Steuerreform soll den Leitlinien „niedriger – einfacher – gerechter“ mit einer deutlichen Nettoentlastung für die Steuerbürger zum Durchbruch verholfen sowie durch weniger Steuern mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die bereits umgesetzte steuerliche Freistellung des Existenzminimums mit der Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen und gerade auch der Familien werden die Steuerzahler seit 1996 um rund 20 Milliarden DM jährlich entlastet. Hinzu kommt der Wegfall des Kohlepfennigs in Höhe von rund 8 Milliarden DM. Dies stärkt die Kaufkraft und kurbelt die Wirtschaft an.

Die CDU steht für einen sparsamen Umgang mit knappem Geld. Seit 1990 summieren sich die jährlichen Einsparungen auf 120 Milliarden DM, hinzu kommt der Wegfall von Steuervergünstigungen in Höhe von 50 Milliarden DM. Auf dem Weg konsolidierter Finanzen mit deutlich geringerer Verschuldung könnten wir heute erheblich weiter sein, wenn die SPD in den vergangenen Jahren notwendige Strukturereformen – auch zur Senkung der Neuverschuldung – nicht verhindert, blockiert oder verzögert hätte. Wenn sich die SPD heute dazu bekennt, die strukturelle Neuverschuldung abzubauen, so fordert sie nichts anderes, als den Bock zum Gärtner zu machen.

Ohne die erreichten Sparmaßnahmen seit 1982 wären auch die Ausgaben in der Sozialversicherung heute um 100 Milliarden DM höher. Die Sozialversicherungsbeiträge würden dann um rund 7 Prozentpunkte höher liegen.



## ● Die SPD fordert die – EU-weite – Einführung einer Mindeststeuer im Bereich der Unternehmen- und Kapitalertragsteuern.

Nach den Äußerungen des SPD-Parteivorsitzenden soll bei der Inanspruchnahme von Abschreibungsbegünstigungen eine Untergrenze in Höhe von 20 Prozent für die Einkommensteuer festgesetzt werden, die nicht unterschritten werden darf. **Fakt ist**, daß dieser Vorschlag ökonomischer Unsinn und verfassungsrechtlich bedenklich ist.

Das Steuerrecht würde durch die Einführung einer Mindeststeuer komplizierter werden. Grundsätzlich ergibt sich das zu versteuernde Einkommen aus der Summe der Einkünfte abzüglich der Summe der (Betriebs-)Ausgaben. Zu den Betriebsausgaben gehören auch die Abschreibungen. Es müßte also für die Mindeststeuer eine zweite Rechnung aufgemacht werden, die das zu versteuernde Einkommen ohne Abschreibungsvergünstigungen ermittelt und dem zu versteuernden Einkommen unter Berücksichtigung der Vergünstigungen gegenüberstellt. Je nachdem, welcher Betrag höher ist, würde die Mindeststeuer oder die reguläre Einkommensteuer fällig. Damit würde aber die Mindeststeuer zu einem Verstoß gegen das Nettoprinzip bei der Besteuerung führen. Die SPD stellt somit hier verfassungswidrige Forderungen auf.

Zudem würde der Aufwand in den Unternehmen für die Steuerfestsetzung und für die Steuerprüfung erheblich zunehmen. Eine Mindeststeuer von 20 Prozent würde auch eine Reihe von kleineren und mittleren Einzelunternehmen und Personengesellschaften treffen, deren Gewinn gering ist oder die sich besonders um mehr Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bemühen.

Eine „Steuer für Reiche“, die nur 20 Prozent des Einkommens betrüge, ist nicht nur sozial ungerecht, sondern sie würde auch bei den unteren und mittleren Einkommenschichten auf Widerstand stoßen. Sinnvoller als solche ökonomisch unsinnigen und unpraktikablen Vorschläge ist eine Steuerreform, die konsequent Steuerschlupflöcher schließt und Steuervergünstigungen beseitigt. Denn Steuergerechtigkeit verlangt, daß jeder sein tatsächliches Einkommen mit dem individuellen Steuersatz versteuert. Das ist nur durch ein Steuerreformkonzept, wie es die Koalition vorgelegt hat, zu erreichen.

## ● Die SPD ist spät dran, wenn sie nun endlich erkennt, daß bedeutende Zukunftsmärkte in den dynamischen Industrieregionen Ostasiens und Osteuropas liegen.

**Fakt ist**, daß die CDU schon längst gehandelt hat. Zusammen mit der deutschen Wirtschaft sind strategische Konzeptionen für die Eroberung der dynamischen



schen Zukunftsmärkte erarbeitet worden. Neben der Asien-Konzeption und einer umfassenden Lateinamerika-Strategie geht es auch um die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Dies wird ebenfalls mit einer effektiven Außenwirtschaftsförderung unterstützt, zum Beispiel durch umfassende Beratung, technische Hilfe, Kredite und den Einsatz der Hermes-Kreditversicherung.

Die SPD hat inzwischen auch erkannt, daß „unser hochindustrialisiertes Land seinen Wohlstand im wesentlichen durch Produktion und Export von Gütern und Dienstleistungen bei Hoch- und Spitzentechnologie sichert“. Wie auch in anderen Bereichen, stellt hier die SPD Forderungen auf, die inzwischen schon längst realisiert sind.

- **Die SPD fordert** eine Innovationspolitik mit breitem Ansatz und langem Atem, die bei Bildung, Forschung, Entwicklung, Organisation, Kultur und Infrastruktur ansetzt. Dafür will die SPD das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft, Tarifparteien und Verwaltung erreichen.

**Fakt ist**, daß die SPD in den vergangenen Jahren lediglich über angeblich fehlendes Geld geklagt hat. Die CDU dagegen hat strategische Schwerpunkte in der Forschungs- und Innovationspolitik gesetzt: Es wurden Rahmenbedingungen verbessert (Beispiel: Gentechnikgesetz), die staatliche Forschung umorganisiert und flexibler gemacht (Leitlinien für die Neuorientierung der Forschung), Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften zu wichtigen Themen und zur Erarbeitung strategischer Lösungskonzepte an einen Tisch gebracht (Rat für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler), mit Wissenschaft und Wirtschaft zusammen wichtige Leitprojekte initiiert (Humangenom-Projekt, Mobilitätsprogramm, High-Tech-Innovationen, molekulare Medizin, Nutzung des weltweiten Wissens u. a.), über neue Fördermodelle in der Forschungspolitik (Beispiel: BioRegion-Wettbewerb) Kräfte in den Regionen gebündelt und freigesetzt, neue Technologien auch in kleinen und mittleren Betrieben gefördert (Beispiel: Telearbeit für den Mittelstand) und Risikokapitalinitiativen gestartet (BTU – Beteiligungskapitalprogramm für technologieorientierte Unternehmen, 3. Finanzmarktförderungsgesetz vorgelegt).

- **Die SPD fordert**, daß Bildung eine Schlüsselstellung in Deutschland einnehmen soll.

**Fakt ist**, daß die CDU in allen Bildungsfeldern entscheidende Akzente gesetzt hat. Es ist ein großer Erfolg von Bundesbildungsminister Rüttgers, daß eine Eini-



gung zwischen Bund und Ländern über das neue Hochschulrahmengesetz erreicht worden ist. Damit ist ein Grundstein für die Universität des 21. Jahrhunderts gelegt. Die CDU-geführte Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß im Rahmen der Initiative „Schulen ans Netz“ bereits über 3.500 Schulen an das Internet angeschlossen wurden. Die berufliche Bildung ist modernisiert worden, ausbildungshemmende Vorschriften wurden gestrichen und neue Berufe eingeführt. Mit dem Meister-BAFöG werden Qualifizierungschancen für viele junge engagierte Handwerker geboten.

**Fakt ist** aber auch, daß für Bildungspolitik in erster Linie die Länder zuständig sind. **Fakt ist**, daß in SPD-regierten Ländern trotz höherer Schülerzahlen Lehrerstellen gestrichen werden. Beispiel Niedersachsen: 1997 nimmt die Schülerzahl um 20.000 zu, SPD-Ministerpräsident Schröder streicht aber 700 Lehrerstellen. Beispiel Hessen: Dort steigt die Schülerzahl um 18.200, die Zahl der Lehrer sinkt um 200. Am Ende des 8. Schuljahres liegen die Schüler im rot/grün-regierten Nordrhein-Westfalen in Mathematik und Naturwissenschaften um eineinhalb Jahre hinter dem Leistungsstand der bayerischen Schüler zurück. **Fakt ist**, daß sich die SPD einer dringend notwendigen BAFöG-Reform verweigert.

● **Die SPD fordert**, Flexibilitätspotentiale neuer Technologien in Ausbildung und Arbeitswelt zu nutzen.

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung längst Akzente mit dem Programm „Telearbeit für den Mittelstand“ gesetzt hat. CDU-regierte Länder, wie Baden-Württemberg, bringen das Modell der „virtuellen Hochschule“ voran.

● **Die SPD fordert**, nicht nur auf einzelne Zukunftstechnologien zu setzen, sondern in den Kernbereichen aller neuen Innovationsfelder – von der Bio- bis hin zur Informationstechnologie – vertreten zu sein.

**Fakt ist**, daß die CDU die Weichen in allen wichtigen Innovationsfeldern in Richtung Zukunft gestellt hat. Es werden eine Milliarde DM an Forschungsförderung für die Biotechnologie, eine Milliarde DM für die Informationstechnologie und eine Milliarde DM für Umweltforschung zur Verfügung gestellt. Das Rahmenkonzept Produktion 2000 führt die Ansätze aus den verschiedenen zukunftssträchtigen Technologiefeldern zusammen und weist den Weg in eine wettbewerbsfähige Produktion des 21. Jahrhunderts.

● **Die SPD fordert**, Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung zu verknüpfen, Freiräume für die



Grundlagenforschung zu schaffen sowie interdisziplinäres Forschen und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern.

**Fakt ist**, daß Deutschland eine hervorragende wissenschaftliche Basis in der Grundlagenforschung besitzt. Die CDU-geführte Bundesregierung fördert die Grundlagenforschung auf hohem Niveau und trägt mit der Neuordnung der Forschungslandschaft zu mehr Exzellenz in der Forschung bei. Noch nie ist soviel für die Zusammenarbeit zwischen Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung getan worden, und der Technologietransfer ist noch nie so gut organisiert worden. Die Bundesregierung hat alle am Innovationsprozeß Beteiligten im Rat für Forschung, Technologie und Innovation zusammengebracht. Zudem wird vorrangig die Verbundforschung gefördert. Beim Leitprojektekonzept der Bundesregierung werden anspruchsvolle Aufgabenstellungen mit einer konkreten Anwendungsperspektive verbunden.

● **Die SPD fordert**, nicht nur Forschung, sondern auch Nachfrage nach neuen Lösungen zu unterstützen.

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung die Markteinführung neuer Technologien – dort, wo es sinnvoll ist und nicht nur Subventionstöpfe aufgemacht werden – unterstützt. Beispiele sind die Programme zur Einführung von Solar- und Windenergietechnik und die entsprechende Rahmensetzung durch das Stromeinspeisungsgesetz.

Die SPD verweigert sich dagegen in der Regel bei der Markteinführung neuer Technologien. **Beispiel Transrapid:** Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Schröder hat im Bundesrat gegen die erste Anwendungsstrecke in Deutschland gestimmt.

## Innovationsfelder

### 1. Forschung und Technologie

● **Die SPD fordert** eine Steigerung der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben.

**Fakt ist**, daß der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 1998 – trotz der Einsparungen im Gesamthaushalt – um über 132 Millionen DM auf



14,95 Milliarden DM steigt. Die Mittel werden dabei strategisch auf prioritäre Schlüsselbereiche konzentriert.

- **Die SPD fordert eine Reform der Organisationsstrukturen in den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.**

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung die strategische Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft bereits im Sommer 1996 eingeleitet hat. Flexibilität, Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung der öffentlichen Forschungseinrichtungen werden gefördert durch mehr Wettbewerb bei der Mittelvergabe, Programmbudgets und die Einrichtung von Transferbereichen.

- **Die SPD fordert eine Verbesserung des Transfers von Forschungsergebnissen durch Erleichterung von Patentanmeldungen und Einrichtung von Forschungs- und Verwertungsgesellschaften an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.**

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung eine Patentinitiative mit den Schwerpunkten: Verbesserung der Patentsituation an den Hochschulen, Förderung von Patentstrategien bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Erleichterung der Patentierung für kleinere und mittlere Unternehmen gestartet hat.

**Fakt ist**, daß mit der Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft verstärkt Innovationszentren und Transferbereiche in den Forschungsinstituten angesiedelt werden.

- **Die SPD fordert die Nachwuchsförderung von jungen Wissenschaftlern und Hochschulabsolventen.**

**Fakt ist**, daß die staatliche Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Hochtouren läuft. Mit Hilfe verschiedener Sonderprogramme des Bundes werden mehr als 23.000 junge Wissenschaftler direkt oder indirekt unterstützt. Das Bundesforschungsministerium stellt dafür jährlich rund 1,2 Milliarden DM zur Verfügung. Am 1. Juli 1997 wurde zudem bei der Helmholtz-Gemeinschaft (Großforschungseinrichtungen) ein Nachwuchsprogramm gestartet, in dessen erster Phase rund 150 Nachwuchswissenschaftler gefördert werden.



## ● Die SPD fordert zukunftsweisende Leitprojekte.

**Fakt ist**, daß die CDU das Leitprojektekonzept in der Forschungsförderung entwickelt und bereits erfolgreich durchführt hat. Dabei werden durch gemeinsame Projekte von Wissenschaft und Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene die Kräfte gebündelt und Kompetenznetzwerke aufgebaut. Die Leitprojekte werden in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet und zielen auf konkrete Innovationen und dafür notwendige Strukturen. Erste Leitprojekte sind das Humangenom-Programm und der BioRegio-Wettbewerb. Inzwischen werden auch Ideenwettbewerbe für die Leitprojekte High-Tech-Innovationen, Mobilität in Ballungsräumen, molekulare Medizin sowie Nutzung des weltweit verfügbaren Wissens durchgeführt.

## ● Die SPD fordert, die Herausforderungen der Informationsgesellschaft anzunehmen.

**Fakt ist**, daß CDU bereits längst die Weichen für einen guten Weg in die Informationsgesellschaft gestellt hat. Der Aufbau der Kommunikationsinfrastruktur ist weit fortgeschritten: 100.000 km Glasfaserkabel sind verlegt, 17 Millionen Anschlüsse für das Fernseekabelnetz geschaltet. Mit dem deutschen Forschungsnetz ist das weltweit leistungsfähigste Netz für Forschung und Technologie aufgebaut worden. Mit dem Multimedia-Gesetz sind vorbildlich klare, offene und liberale Rahmenbedingungen geschaffen worden. Der Bund gibt eine Milliarde DM jährlich an Forschungsförderung im Bereich der Informationstechnologien aus. Die Schwerpunkte liegen auf der Software-Entwicklung und dem Anwendungsbereich. Das Forum Infotechnik 2000 wurde ins Leben gerufen, und mit den Initiativen „Senioren ans Netz“, „Schulen ans Netz“, „Telearbeit für den Mittelstand“ sowie „Teleservice“ werden Anstöße zur Nutzung der Infotechnologie in Wirtschaft und Gesellschaft gegeben.

## ● Die SPD fordert, Bio- und Gentechnologie verantwortlich zu entwickeln und die vielfältigen neuen Produkt- und Beschäftigungschancen zu nutzen.

**Fakt ist**, daß Deutschland im Jahr 2000 die Nummer 1 in Europa im Bereich der Biotechnologie sein wird. Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Gentechnikgesetz novelliert, die Forschungsförderung im Bereich der Biotechnologie auf knapp eine Milliarde DM gesteigert, ein Forum Biotechnologie 2000 ins Leben gerufen, die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel europä-



weit durchgesetzt und mit dem BioRegio-2000-Wettbewerb Industrie, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Banken und Verwaltungen in den Regionen zur Zusammenarbeit angeregt und Kräfte freigesetzt.

## 2. Umwelt, Energie und Verkehr

- **Die SPD fordert**, den ökologischen Strukturwandel voranzubringen, am Wachstumsmarkt für Umwelttechnologie teilzunehmen, international die Umweltstandards auf hohem Niveau zu harmonisieren und einen Schwerpunkt auf integrierte Umwelttechniken zu legen.

**Fakt ist**, daß Deutschland eine Vorreiterrolle im Umweltschutz in Europa hat. Bundeskanzler Helmut Kohl setzt sich persönlich auf internationaler Ebene für den Umweltschutz ein.

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung ein neues Umweltforschungsprogramm in Höhe von einer Milliarde DM mit dem Schwerpunkt integrierte Umwelttechniken aufgelegt hat. Zur Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes werden die notwendigen Verordnungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen, mit denen die Produktverantwortung der Wirtschaft, insbesondere für Altfahrzeuge, Elektronikschrott und Batterien geregelt werden, erarbeitet und vorbereitet. Für die betrieblichen Umweltkontrollverfahren (Öko-Audit) sind 1995 die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gesetzt worden. In diesem Zusammenhang werden die Eigenverantwortung der Wirtschaft gestärkt und Möglichkeiten zur Verminderung der behördlichen Überwachung überprüft. Die nationale Umweltpolitik wird durch nationale, insbesondere europäische Regelungen flankiert. Damit wird eine nachhaltige Entwicklung angestrebt. Umweltprojekte in anderen Staaten, insbesondere in den Entwicklungsländern, werden unterstützt, um drohende Umweltschäden zu vermeiden und eine Umweltsanierung zu ermöglichen.

- **Die SPD fordert**, die Mobilitätswirtschaft mit neuen Verkehrstechnologien voranzubringen.

Zu begrüßen ist, daß der Straßenverkehr inzwischen von der SPD nicht mehr verteufelt wird. Sie räumt ein, daß Auto und Lkw auf absehbare Zeit den größten Anteil der Verkehrsleistungen erbringen werden. Daß Mobilität und Verkehr ein zen-



traler Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind, hat die CDU bereits seit langem erkannt. Wir wollen deshalb in einem Gesamtverkehrssystem ein wirksames Miteinander von Schiene, Straße, Wasser und Luft ermöglichen.

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung die überwiegend technikorientierte Verkehrsforschung zu einer umfassenden Mobilitätsforschung ausgebaut hat. Darin sind auch Maßnahmen zur Optimierung des Verkehrs – Beispiel Telematik und Entwicklung extrem schadstoffarmer und leiser Antriebe – enthalten. Zur Förderung abgasarmer, sparsamer und umweltverträglicher Autos wurde die Kfz-Steuer emissionsorientiert umgestellt.

● **Die SPD fordert**, umweltschädlichen Energieverbrauch zu senken und Technikalternativen, die wirkungsvoll zur Kohlendioxidentlastung beitragen, verstärkt weiterzuentwickeln.

**Fakt ist**, daß bereits vorgesehen ist, zum Jahr 2005 die Emission von CO<sub>2</sub> um 25 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Hierzu tragen die Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft bei, aber auch die bereits beschlossenen Maßnahmen wie die stärker emissionsorientierte Kfz-Steuer. Durch die Novelle der Wärmeschutzverordnung wird der Energiebedarf neuer Gebäude um 30 Prozent gesenkt. Für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bedeutet dies eine Reduktion um etwa denselben Prozentsatz. Durch die Novelle der Kleinf Feuerungsanlagenverordnung wird erreicht, daß Öl- und Gasheizungen künftig energiesparender und emissionsärmer betrieben werden müssen. Die jährlichen Einsparungen am Brennstoff können dadurch durchaus 20 Prozent und mehr betragen. Außerdem ist 1995 ein Milliardenprogramm zur Förderung von Investitionen für Energieeinsparungen im Gebäudebestand verabschiedet worden.

Die SPD kann nicht bestreiten, daß die sogenannten fossilen Energieträger Mineralöl, Naturgas, Stein- und Braunkohle auch weiterhin ein Großteil der deutschen Energieversorgung sicherstellen müssen. Für uns gilt dabei die Devise, daß die dadurch verursachten Umweltbelastungen weiter reduziert werden müssen. Deswegen geht es nicht nur um verstärkte Einsparungsmaßnahmen, sondern auch um den Einsatz erneuerbarer Energien. Seit Jahren setzt sich die CDU dafür ein, die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien für unsere Energieversorgung zu verbessern. Dies gilt nicht nur für Wind-, sondern auch für Wasserkraft und Sonnenstrahlung ebenso wie für Biomasse, Erd- und Umgebungswärme.



### 3. Bildung

- **Die SPD fordert, Medienkompetenz als Leitbild zu verankern.**

**Fakt ist,** daß das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Initiative „Schulen ans Netz“ gestartet hat und zusammen mit der Deutschen Telekom bereits über 3.500 Schulen ans Internet angeschlossen hat. Ziel ist es, bis zum Jahr 2000 10.000 Schulen ans Netz zu bringen. Seit dem 1. August 1996 ist zudem die Ausbildung in drei neuen Berufen im Medienwesen möglich, und in neuen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnik kann ab diesem Jahr ausgebildet werden.

- **Die SPD fordert eine Hochschulreform mit Erhöhung der Selbststeuerungskapazität, erfolgsorientierter Hochschulfinanzierung und Evaluation von Forschung und Lehre.**

**Fakt ist,** daß sich Bund und Länder bereits auf Grundsätze für ein neues Hochschulrahmengesetz verständigt haben, das weit über die SPD-Forderungen hinausgeht. Seine Elemente sind: Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, Evaluation von Forschung und Lehre, Neufestlegung der Regelstudienzeit, Einführung einer Zwischenprüfung, Einführung eines Leistungspunktesystems, Vergabe des Bachelor und des Master, Verstärkung der Studienberatungspflicht, Möglichkeit zu hochschuleigenen Auswahlverfahren, pädagogische Eignung als Einstellungsvoraussetzung für Professoren, Aufnahme des Themas Multimedia sowie Freischußregelung in allen Studiengängen. Zudem werden zum Wintersemester 1997/98 internationale Studiengänge an 13 Hochschulen eingeführt.

- **Die SPD fordert, die Modernisierung der beruflichen Bildung voranzubringen, eine schnellere Anpassung und höhere Flexibilität der Berufsordnungen, Flexibilitätsspielräume beim Berufsschulunterricht auszunutzen und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.**

**Fakt ist,** daß die CDU-geführte Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften ausbildungshemmende Vorschriften gestrichen hat. Erfahrene Berufspraktiker können jetzt ohne zusätzliche Eignungsprüfung ausbilden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wurde novelliert, so daß rund 400.000



erwachsene Lehrlinge nun nach der Berufsschule am Nachmittag wieder in den Ausbildungsbetrieb kommen können.

Ab 1995 ist der größte und schnellste Modernisierungsschub der beruflichen Bildung seit 1969 auf den Weg gebracht worden. Laufend werden Ausbildungsberufe modernisiert und kommen neue Berufe hinzu, vor allem im Medien- und Informationstechnologiebereich. Das Modernisierungsverfahren für Ausbildungsberufe hat die CDU-geführte Bundesregierung auf die Gesamtdauer von weniger als einem Jahr beschleunigt. Zudem hat die CDU-geführte Bundesregierung die Bundesländer dazu gedrängt, die Berufsschulzeiten flexibler und betriebsfreundlicher zu organisieren, damit Lehrlinge länger im Betrieb sind. Auch führt die Bundesregierung ihren Einsatz für mehr Lehrstellen mit allem Nachdruck weiter fort. Darüber hinaus hat das Bundeskabinett beschlossen, daß Unternehmen, die ausbilden, in Zukunft bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes bevorzugt werden.

- **Die SPD fordert** eine enge Kooperation der Wirtschaft, die primär in eigener Verantwortung für ein ausreichendes Lehrstellenangebot sorgen muß.

Dies ist richtig und stimmt insofern mit der Politik der CDU überein. Allerdings scheint die SPD der Wirtschaft nicht zu vertrauen, denn als Drohmittel fügt sie in ihrem Beschluß ergänzend hinzu, daß „eine faire Lastenteilung zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Betrieben“ notwendig wird, wenn die Wirtschaft nicht aus eigener Verantwortung für ein ausreichendes Lehrstellenangebot sorgt. Dies bedeutet aber nichts anderes als die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Lenkung und Umverteilung bleibt damit zentraler Bestandteil des SPD-Wirtschaftskonzepts.

#### 4. Mittelstand und Existenzgründungen

- **Die SPD hat inzwischen** im mittelstandspolitischen Bereich erkannt, daß „die grundlegende Aufgabe... in der Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Wettbewerbs- und Steuerpolitik, der staatlichen Förderpolitik für Forschung, Entwicklung und Markterschließung sowie vor allem in einer Existenzgründungsinitiative zur Erneuerung und Verbreiterung der Unternehmenslandschaft (besteht)“.



**Fakt ist**, daß die SPD mit ihren Vorschlägen zu spät kommt. Die Bundesregierung hat inzwischen eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorgelegt. Die Förderung von Existenzgründungen und die Stärkung der Wachstumskräfte ist mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung bereits umgesetzt. Durch den Wegfall der Vermögensteuer sowie die Reform von Erbschaft- und Schenkungsteuer durch das Jahressteuergesetz 1997 wird die Eigenkapitalbasis von Unternehmen deutlich entlastet. Den jüngsten Erfolg bildet die Einigung im Vermittlungsausschuß zur Abschaffung der Gewerbesteuer.

Als ein weiteres Element einer erleichterten Kapitalbeschaffung für kleine und mittlere Unternehmen tritt neben die bereits bestehenden ERP-Programme ein neues ERP-Innovationsprogramm zur Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren sowie für deren Markteinführung. Auch der Zugang zu Wagniskapital wurde verbessert. Die EG-Wertpapierdienstleistungsrichtlinie ist bereits umgesetzt.

Die Kapitalbildung in den Anfangsjahren wird auch dadurch gefördert, daß eine Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g des Einkommensteuergesetzes eingeführt und verbessert wurde.

In den neuen Bundesländern wird die Investitionsförderung künftig über Investitionszulagen statt über Sonderabschreibungen gefördert. Dies hilft gerade Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen in der Gründungs- und Aufbauphase.

● **Die SPD fordert**, die Forschung in kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken und die Bereitstellung von Chancenkapital für junge High-tech-Unternehmen zu verbessern.

**Fakt ist**, daß die Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen 1998 die Schallmauer von 600 Millionen DM durchbrechen wird. Mit dem Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ (BTU) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden zudem rund 900 Millionen DM an Beteiligungskapital mobilisiert. Mit dem Modellversuch zur „Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen“ (TOU) in den neuen Bundesländern wurden die Gründung von innovativen Unternehmen und junge, bereits gegründete Technologieunternehmen in anspruchsvollen Technologiebereichen unterstützt. Mit dem Folgeprogramm zur „Förderung von Unterstützung technologieorientierter Unternehmensgründungen (FUTOUR)“ sollen durch eine neuartige Förderkombination Existenzgründungen auf technologischer Basis gefördert werden. Intensive Gründungsberatung, finanzielle Zuschüsse und langfristige, begünstigte Beteiligungen werden hierfür gewinnbringend eingesetzt.



**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung ein Konzept zur Förderung von Ausgründungen aus staatlichen Forschungseinrichtungen entwickelt hat, welches die Vermittlung von Beratungs- und Schulungsmöglichkeiten, die fachliche Bewertung der beabsichtigten Ausgründung und die begrenzte Beurlaubung beziehungsweise Wiedereinstellungszusagen umfaßt. Die Fraunhofer-Gesellschaft plant die Gründung von Innovationszentren in privatrechtlicher Form, die zum Modell einer erfolgreichen Privatisierung für Forschungseinrichtungen werden könnten.

Auch die Rahmenbedingungen für privates Risikokapital werden verbessert. Mit dem Dritten Finanzmarktförderungsgesetz sollen die Risikokapitalangebote für kleine und mittlere börsennotierte Unternehmen ausgeweitet, die Kapitalbeschaffung über die Börse für börsennotierte Unternehmen erleichtert, der Investmentfondsplatz Deutschland durch umfangreiche Deregulierungen ausgebaut und die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Deutschland an die Herausforderungen angepaßt werden. Die Novellierung des Börsen- und Wertpapierhandelsrechts erleichtert den Zugang für Wertpapieremittenten zum Kapitalmarkt im allgemeinen und zur Börse im besonderen, steigert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Börsen, stärkt das Vertrauen der Anleger in die Integrität der Wertpapiermärkte, verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzintermediäre und beinhaltet umfangreiche Rechtsbereinigungen. Das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften wurde liberalisiert und dereguliert. Das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften wurde neu ausgerichtet, um die Risikokapitalversorgung mittelständischer und junger innovativer Wachstumsunternehmen über Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu verbessern und die Attraktivität des Instruments der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft für potentielle Investoren zu erhöhen.

**Fakt ist**, daß die CDU-geführte Bundesregierung Genehmigungsverfahren gestrafft und vereinfacht hat. Beispiele sind die Novelle des Gentechnikgesetzes und die neue Bundesemissionsschutzverordnung. Genehmigungsverfahren können letztlich jedoch nur vor Ort beschleunigt werden. Dennoch hat zum Beispiel die SPD in Rheinland-Pfalz die Einrichtung von Projektmanagern, die das Zusammenspiel der Behörden koordinieren sollten, abgelehnt.

## 5. Dienstleistungen und Regulierungen

- **Die SPD fordert**, im Dienstleistungsbereich zahlreiche Regelungen zu entrümpeln und zu vereinfachen, die nicht mehr zeitgemäß sind und die Innovation, Wettbewerb und Transparenz für die Verbraucher mehr behindern als fördern.

Dies ist schon lange Position der CDU. So hat die CDU zum Beispiel das Laden-schlußgesetz modifiziert, und sie beabsichtigte, die Preisauszeichnungsverordnung



abzuschaffen. Die SPD hat sich dagegen – immer dann, wenn es konkret wurde – verweigert.

In den vergangenen Jahren hat die SPD stets die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten als sogenanntes „Dienstmädchenprivileg“ gegeißelt. Inzwischen hat sie die Position der CDU übernommen und fordert selbst die Förderung haushaltsnaher Dienste. Im vergangenen Jahr hat die CDU zudem das Haushaltsscheckverfahren durchgesetzt. Damit wird die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge für den privaten Arbeitgeber erheblich erleichtert. Arbeitnehmer in Privathaushalten sind dadurch nun sozialversicherungsrechtlich abgesichert.

## 6. Arbeitsmarkt

● **Inzwischen hat auch die SPD erkannt**, daß „mit den herkömmlichen Strukturen in der Arbeitswelt . . . sich die anstehenden Herausforderungen nicht bewältigen (lassen). Notwendig sind neue Formen der Arbeitsorganisation, flexiblere, kürzere und differenziertere Arbeitszeit und neue Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik“. Auch fordert die SPD inzwischen die Reform des Flächentarifvertrages. Sie fordert hierzu die Tarifvertragsparteien auf, Handlungsspielräume für die Betriebe durch differenzierte und flexiblere Vereinbarungen zu eröffnen, um den betrieblichen Gegebenheiten stärker als in der Vergangenheit Rechnung zu tragen.

**Fakt ist**, daß neue Wege in der Lohnpolitik beschritten werden müssen. Das hat die CDU allerdings schon lange vor der SPD erkannt. Bereits im Beschluß des 5. Parteitages der CDU Deutschlands am 21. Februar 1994 in Hamburg „Für Wachstum und Beschäftigung“ hat die CDU an die Tarifvertragspartner appelliert, die vorhandene Differenzierung der Tarifverträge stärker als bisher zu nutzen. Vielfach nehmen die Tarifparteien ihre Verantwortung hier inzwischen wahr. Ein aktuelles Beispiel ist die gerade vereinbarte Altersteilzeitregelung in der Metallindustrie. Auch die Forderung, der Langzeitarbeitslosigkeit gering Qualifizierter entgegenzuwirken, ist nicht neu. Bereits 1994 hat die CDU gefordert, für weniger leistungsfähige



Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose Einstiegstarife vorzusehen. Seit 1989 legt die Bundesregierung Sonderprogramme für die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser auf.

- **Mit der Erkenntnis**, daß wir flexiblere Arbeitszeiten und flexibel ausgestaltete Arbeitszeitverkürzungen brauchen, um mit flexibleren Arbeitszeiten teure Maschinen länger laufen zu lassen, ohne daß die Menschen länger arbeiten müssen, hinkt die SPD der Zeit weit hinterher.

**Fakt ist:** Die CDU hat bereits auf ihrem Bundesparteitag in Stuttgart 1984 klare Aussagen zu flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung gemacht. 1994 hat die CDU nochmals bekräftigt, daß bei der Gestaltung neuer Arbeitszeitmodelle und bei der Schaffung von mehr Teilzeitarbeit die Kreativität der Tarifpartner besonders gefordert sei. Die CDU hat diese Bemühungen unterstützt, in dem sie das Arbeitszeitrechtsgesetz novelliert hat. Sie hat neue Möglichkeiten geschaffen, die Maschinenlaufzeiten zu verlängern und Arbeitsabläufe mit technischen Erfordernissen zu harmonisieren. Die Bundesregierung hat zudem in Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Arbeitgebern den gleitenden Übergang in den Ruhestand mit dem neuen Altersteilzeitgesetz verbessert. Die SPD muß daher die Frage beantworten, warum sie nicht bereits damals konstruktiver an der Neuformulierung mitgewirkt hat. Denn bereits heute gibt es vielfältige Modelle für flexible Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeit.

- **Die SPD fordert**, daß Sozialhilfe „nur subsidiär“ eingreifen kann und darf.

**Fakt ist**, daß gerade die CDU mit der großen Steuerreform durch die starke Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent – also stärker, als die SPD mit ihrem Vorschlag von 22 Prozent beabsichtigte – einen deutlichen Anreiz zur Arbeitsaufnahme für Sozialhilfeempfänger setzen will. Die SPD muß auch begründen, warum sie nun plötzlich verstärkt Anreize setzen will, wo doch die SPD-Bundestagsfraktion vor kurzer Zeit noch eine Broschüre veröffentlicht hat, wie man am besten durch Manipulation zu ansehnlicher Sozialhilfe gelangt.

**Fakt ist auch**, daß das Sozialamt die Sozialhilfe um 25 Prozent kürzen kann, wenn die Aufnahme von Arbeit ohne Angabe von triftigen Gründen verweigert wird. Zudem gibt es Anreize für Sozialhilfeempfänger zur Aufnahme von Arbeit. So kann – nach der Reform der Sozialhilfe von 1996 – dem Sozialhilfeempfänger für sechs Monate ein Zuschuß in Höhe des Regelsatzes (1997 in den alten Bundesländern 530 Mark, in den neuen Bundesländern 512 Mark) gewährt werden, der nicht



auf andere Sozialhilfeleistungen angerechnet wird. Weitergehende Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme wurden von der SPD abgelehnt. Auch hier zeigt sich: Die SPD stellt Forderungen auf, die sie bislang immer blockiert hat.

Der angesprochene Einsatz von Sozialhilfeempfängern für öffentliche Belange bleibt den Kommunen überlassen, ebenso die Kontrolle über mißbräuchlich in Anspruch genommene Sozialhilfe. Letzteres wird zum Beispiel durch Mißbrauchs-ermittler in einigen Kreisen und Gemeinden überprüft.

## 7. Modernisierung des Staates

● **Die SPD übernimmt** inzwischen auch die Forderung nach einer Neubestimmung der Aufgaben zwischen Staat und Gesellschaft. So fordert sie, staatliche Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehören Teilbereiche des Ordnungsrechts, bei denen die Verantwortung gegebenenfalls unter Verschärfung der Gewährleistungs- und Produkthaftung Privaten übertragen werden kann. Zudem fordert sie auch bei öffentlichen Leistungserbringungen, die Privatinitiative stärker zu fordern. Müllabfuhr und Wasserwirtschaft, die Pflege von Parks, Straßenreinigung und Wirtschaftsförderung könnten im Wettbewerb von privaten Unternehmen oder von Regiebetrieben erbracht werden.

Diese Ziele gehören schon lange zu den Grundsatzpositionen der CDU Deutschlands. So wollen wir die im Zuge der Deutschen Einheit angestiegene Staatsquote bis zum Jahre 2000 wieder auf den Wert vor der Deutschen Einheit – also auf rund 46 Prozent – senken. Auf diesem Wege sind wir inzwischen beachtlich vorangekommen. In diesem Jahr wird die Staatsquote wieder weniger als 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen. Zu den Kernpunkten unserer Politik gehört auch eine vorbehaltlose Prüfung der gewachsenen Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten. In diesem Zusammenhang hat die CDU bereits 1993 beschlossen, daß sich der Staat auf die Erfüllung von Aufgaben beschränken muß, die nicht vom privaten Sektor mindestens genauso gut erledigt werden können, und daß er Sorge dafür trägt, daß diese Aufgaben ständig in Verantwortung für das Gemeinwohl erfüllt werden. Dies gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder und Gemeinden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat die CDU-geführte Bun-



desregierung 1994 vorgeschlagen, das Haushaltsgrundsätzegesetz zu ändern und die Bundeshaushaltsordnung anzupassen. Dies sollte die öffentliche Hand zur Suche nach privatwirtschaftlichen Lösungen bei bisher öffentlich wahrgenommenen Aufgaben verpflichten. Die SPD verweigerte im Bundesrat jedoch ihre Zustimmung. Nun fordert sie, was sie früher blockiert hat.

- **Die SPD fordert** mehr Leistungsanreize im öffentlichen Dienst durch eine stärkere Orientierung der Besoldung an der Leistung, Vermeidung rein zeitaufbezogener Beförderungen, Ersetzung der Dienstalterszulagen durch befristete Leistungszulagen und Verlagerung von Verantwortung.

**Fakt ist**, daß dies bereits mit der Reform des öffentlichen Dienstrechts zum 1. Juli 1997 verwirklicht worden ist. Die Neuregelung beinhaltet verstärkte Leistungsaspekte in der Besoldung durch Neugestaltung der Gehaltstabellen, Leistungsprämien und Leistungszulagen. Herausragende Leistungen können künftig durch ergänzende leistungsbezogene Gehaltsbestandteile zeitnah honoriert werden. Auch sind beinhaltet: eine Erprobungszeit in Führungspositionen, differenzierte Beurteilungen, die Durchlässigkeit der Laufbahnen, die Optimierung des Personaleinsatzes, die Förderung von Teilzeitbeschäftigung, die Vermeidung eines vorzeitigen Ruhestandes und Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestand von 62 auf 63 Jahre.

## 8. Soziale Sicherung

- **Die SPD hat** in ihrem Beschluß festgehalten, daß „die Grundstrukturen unseres Sozialstaates sich bewährt (haben) und erhalten bleiben (müssen)“.

Dem kann nur zugestimmt werden. Denn schließlich war es die CDU, die für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft steht. Es ist auch zu begrüßen, daß die SPD inzwischen erkennt, daß wir im Sozialstaat mehr Innovation brauchen, daß die sozialstaatlichen Strukturen reformiert und Zukunftswege beschritten werden müssen. Dies hat die CDU schon lange vertreten. Sie hat in ihrer Politik immer wieder kritisch die Fragen gestellt, ob es Regelungen gibt, die zum Mißbrauch einladen und deshalb geändert oder abgeschafft werden müssen, und wie wir soziale Leistungen so gestalten können, daß sie zur Arbeit ermutigen und nicht den Willen, zu arbeiten und sich zu engagieren, aushöhlen. Verwunderlich ist jedoch, daß zahlrei-



che Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter dies als „Abriß des Sozialstaates“, als „soziale Kälte“ oder „Kumpanei mit der Wirtschaft“ bezeichnet haben. Nur die CDU steht dafür, daß soziale Sicherung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im richtigen Lot stehen.

Verwunderlich ist, daß die SPD fordert, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme auf eine breite Basis zu stellen, und daß sie den Bürgern vorgaukelt, Strukturreformen in der Rentenversicherung seien nicht erforderlich. Wer sich angesichts des demographischen Wandels in der Gesellschaft Strukturreformen verweigert, handelt gegenüber den heutigen und den kommenden Generationen unverantwortlich. Worte und Taten der SPD fallen hier meilenweit auseinander. Bislang wurde die Fortentwicklung der Rentenversicherung immer im politischen Konsens erreicht. Diesem verweigert sie sich aber heute aus parteitaktischen Gründen.

## SPD ohne eigene Strategie

Die SPD klaut schonungslos fremdes Gedankengut. Sie hat keine eigene Strategie. Dabei scheut sie sich nicht, Forderungen der CDU, die sie faktisch blockiert, gleichzeitig selbst nachdrücklich zu fordern. Die Bürger tun daher gut daran, sich eine solche Mogelpackung nicht andrehen zu lassen. Sozialdemokratische Placebos mögen vielleicht psychologisch sozialdemokratischem Wählerklientel wohl tun; sie lösen aber keinesfalls die Probleme. Hierfür steht nur das Original – nämlich die CDU – und nicht das Plagiat – nämlich die SPD. Die Behauptung, der „Wirtschaftsexperte“ der SPD, Gerhard Schröder, habe sich durchgesetzt, ist überholt. Durchgesetzt hat sich im SPD-Beschluß die CDU-Programmatik.

Nicht nur, daß sich Gerhard Schröder mit seinem Konzept nicht durchgesetzt hat. Der Parteitagbeschuß der SPD stellt nur das alte Innovationsmanifest vom Mai 1997 in geänderter Umverpackung dar. Der SPD ist nichts Neues eingefallen. In ihrer Innovationsdebatte ist sie keinen Schritt über bereits unter der CDU Bewährtes hinaus vorangekommen. Es ist gut, wenn die SPD von der CDU abschreibt, besser ist, wenn die Bürger dies auch wissen. SPD und Gerhard Schröder laufen mit ihrem Konzept der CDU nach. Dies bestätigt die Richtigkeit und Verlässlichkeit der Politik der CDU.

Entscheidend für die Zukunft, vor allem für mehr sichere und dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland wird es nun sein, daß die von der CDU verwirklichten Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Wirtschaft, Gewerkschaften und auch die Wissenschaft dürfen nicht beiseite stehen, wenn es um die Zukunft geht.